



---

**Dokumentation**

---

***Just Transition* in der Entwicklungspolitik**

---

***Just Transition in der Entwicklungspolitik***

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 079/21  
Abschluss der Arbeit: 16. Dezember 2021  
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

**Inhaltsverzeichnis**

1.	<b>Einführung</b>	<b>4</b>
2.	<b>Das Konzept <i>Just Transition</i></b>	<b>4</b>
3.	<b>Grundlegende Quellen</b>	<b>6</b>
4.	<b><i>Just Transition</i> in Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland</b>	<b>8</b>

## 1. Einführung

Diese Dokumentation enthält Quellen zum Thema *Just Transition*. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die Relevanz dieses Konzeptes im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit gelegt.

Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe „*Just Transition*“ und dessen deutsche Übersetzung „gerechter Übergang“ synonym verwendet. Der englische Begriff ist jedoch auch in deutschsprachigen Quellen der häufiger verwendete.

Nach einer Begriffsklärung werden einige Quellen zu grundlegenden Aspekten von *Just Transition* präsentiert, gefolgt von Quellen, die die außen- und entwicklungspolitische Relevanz des Konzeptes verdeutlichen.

## 2. Das Konzept *Just Transition*

***Just Transition*** bezeichnet den sozialverträglich (engl.: *just*) gestalteten Übergang (engl.: *transition*) zu einer nachhaltigen Wirtschaft, insbesondere im Kontext der Bewältigung des anthropogenen Klimawandels. Wird der Begriff übersetzt, so zumeist als „**gerechter Übergang**“.

Mit dem Ansatz sollen soziale Verwerfungen, die durch den Wandel erzeugt oder verstärkt werden könnten, von vorne herein vermieden werden. Beispielsweise sollen die voraussichtlich wegfallenden Arbeitsplätze in der fossilen Energieerzeugung durch eine vorausschauende Industrie- und Arbeitsmarktpolitik durch neue Arbeitsplätze in anderen Branchen ersetzt werden, so dass die gesamte Gesellschaft die Vorteile der wirtschaftlichen Transformation genießen kann.

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO, engl. International Labour Organization, ILO) definiert *Just Transition* wie folgt:

„Ein gerechter Übergang bedeutet, die Wirtschaft auf eine Weise umweltgerecht zu gestalten, die gegenüber allen Betroffenen so gerecht und inklusiv ist wie möglich, anständige<sup>1</sup> Arbeitsmöglichkeiten schafft und niemanden zurücklässt.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Im englischen Original wird das Wort *decent* verwendet. In diesem Zusammenhang lässt es sich nicht eins zu eins ins Deutsche übersetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) übersetzt *decent work* (als Inhalt der Agenda der IAO) als „gute und menschenwürdige Arbeit“, weitet die Bedeutung in seinen Erläuterungen aber noch mehr aus, so dass *decent* auch „angemessen bezahlt“, „gesetzlich geregelt“ usw. umfassen kann. Der Begriff „anständig“ wurde hier gewählt, weil er nach Ansicht des Verfassers der sowohl ethischen, als auch sozialen, als auch praktischen Dimension des englischen Ausdrucks am nächsten kommt. Siehe Deutscher Gewerkschaftsbund, *Decent work – menschenwürdige Arbeit*, 2021, <https://www.dgb.de/themen/++co++6157a9a0-2961-11df-48e5-001ec9b03e44> (zuletzt abgerufen am 14. Dezember 2021).

<sup>2</sup> Im englischen Original: „A Just Transition means greening the economy in a way that is as fair and inclusive as possible to everyone concerned, creating decent work opportunities and leaving no one behind.“ International Labour Organization, *Frequently Asked Questions on Just Transition*, 2021, [https://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/WCMS\\_824102/lang-en/index.htm](https://www.ilo.org/global/topics/green-jobs/WCMS_824102/lang-en/index.htm) (zuletzt abgerufen am 1. Dezember 2021, Übersetzung durch den Verfasser).

---

*Just Transition* ist im weitesten Sinne Bestandteil einer umfassenden Umwelt- und Klimapolitik. Das **Konzept entstammt ursprünglich der internationalen Gewerkschaftsbewegung**. Es umfasst arbeitsmarkt-, industrie-, umwelt- und sozialpolitische Aspekte:

„Ein gerechter Übergang beinhaltet die Maximierung der sozialen und wirtschaftlichen Chancen des Engagements gegen den Klimawandel bei gleichzeitiger Minimierung und sorgfältiger Steuerung etwaiger Herausforderungen - durch effektiven gesellschaftlichen Dialog zwischen allen betroffenen Gruppen und die Einhaltung grundlegender Prinzipien gerechter Arbeit und der Arbeitnehmerrechte.“<sup>3</sup>

*Just Transition* ist damit grundsätzlich kein auf Entwicklungsstaaten beschränktes Konzept. So erfordert z.B. auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland einen sozial gerecht gestalteten Übergang in den Förderregionen. Dabei müssen in diesen Gebieten neue Industrien und Gewerbe angesiedelt, neue Arbeitsplätze geschaffen und soziale Härten politisch und finanziell abgemildert werden.

Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wird ein gerechter Übergang als solcher nicht wortwörtlich erwähnt, es ist aber ersichtlich, dass er als Konzept eine wichtige Rolle in den Plänen der Koalition für ihre Wirtschafts- und Klimapolitik spielt und die von ihr angestrebte Transformation der Wirtschaft der Bundesrepublik flankieren soll.<sup>4</sup>

Ein gerechter Übergang verstärkt laut IAO die tatsächliche Nachhaltigkeit der neuen Wirtschaft, indem er diese mit sozialer Nachhaltigkeit ergänzt. Dadurch leistet er auch einen Beitrag zur Resilienz der jeweiligen Gesellschaft, denn sozialen Spannungen und Konflikten wird durch vorgebeugt.

Es liegt auf der Hand, dass so umfassende Transformationen insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer deutlich schwieriger zu leisten sind als für wohlhabende Industrienationen. Deswegen spielt *Just Transition* inzwischen auch eine bedeutende Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit.

---

<sup>3</sup> Im Original: „A Just Transition involves maximizing the social and economic opportunities of climate action, while minimizing and carefully managing any challenges – including through effective social dialogue among all groups impacted, and respect for fundamental labour principles and rights.“ International Labour Organization (Anm. 2).

<sup>4</sup> Siehe Kapitel III „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“, S. 24 ff. sowie Kapitel IV „Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt“, S. 65 ff. und in Kapitel VI den Abschnitt „Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land“, S. 12 ff. Mehr Fortschritt wagen, Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), 2021, [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf) (zuletzt abgerufen am 9. Dezember 2021).

### 3. Grundlegende Quellen

Wie oben erwähnt, stammt das Konzept *Just Transition* ursprünglich aus der Gewerkschaftsbewegung. Der Begriff kam in den 1970er Jahren zunächst in den Vereinigten Staaten im Kontext des gewerkschaftlichen Kampfes für einen besseren Arbeitsschutz in der Erdöl-, Chemie- und Atomindustrie auf. Über die nordamerikanischen Gewerkschaften fand *Just Transition* Eingang in internationale Arbeiterorganisationen und avancierte schließlich in den 2010er Jahren zu einem gängigen Konzept auf Ebene der Vereinten Nationen und supranationaler Organisationen wie der Europäischen Union. Eine kurzgefasste Entstehungsgeschichte des Konzeptes beinhaltet ein Forschungspapier des Forschungsinstitutes für soziale Entwicklung der Vereinten Nationen (United Nations Research Institute für Social Development, UNRISD) mit dem Titel **Mapping Just Transition(s) to a Low-Carbon World**.<sup>5</sup>

Die IAO bietet auf ihren Webseiten zahlreiche Informationen unterschiedlicher Detailtiefe. Die Grundlagen decken ihre **Frequently Asked Questions on Just Transition** ab.<sup>6</sup>

Schon im Jahre 2015 veröffentlichte die IAO ihre Richtlinien für einen gerechten Übergang: **Guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies for all**.<sup>7</sup> Diese Richtlinien gehen von den Kernnormen der IAO bzw. der Vereinten Nationen für anständige<sup>8</sup> Arbeit (u.a. gerechte Entlohnung, Arbeitnehmerrechte, Arbeitsschutz und soziale Verantwortung der Arbeitgeber) aus und verbinden sie mit den Zielen von Klima- und Umweltschutz. Die Grundannahme ist, dass diese mit den Zielen der Kernnormen grundsätzlich vereinbar seien, wobei es jedoch einer sorgfältigen politischen Steuerung bedarf, um eine (ebenfalls mögliche) Kollision zu vermeiden. Diese Steuerung schaffe einen gerechten Übergang.

Eine weitere - deutschsprachige - Quelle der IAO, die sich auch mit der operativen Umsetzung der ILO-Richtlinien durch die Mitgliedsstaaten befasst, ist die Vorlage für die Tagung des IAO-Verwaltungsrates im Oktober und November 2021 mit dem Titel **Die Rolle der IAO bei der Bewältigung des Klimawandels und den Bemühungen um einen gerechten Übergang für alle**.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> UNRISD, Mapping Just Transition(s) to a Low-Carbon World, S.6-10, Dezember 2018, [https://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/httpNetITFramePDF?ReadForm&parentid=9B3F4F10301092C7C12583530035C2A5&parentdoctype=book&netitpath=80256B3C005BCCF9/\(httpAUXPages\)/9B3F4F10301092C7C12583530035C2A5/\\$file/Report---JTRC-2018.pdf](https://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/httpNetITFramePDF?ReadForm&parentid=9B3F4F10301092C7C12583530035C2A5&parentdoctype=book&netitpath=80256B3C005BCCF9/(httpAUXPages)/9B3F4F10301092C7C12583530035C2A5/$file/Report---JTRC-2018.pdf) (zuletzt abgerufen am 16. Dezember 2021).

<sup>6</sup> ILO (Anm. 2).

<sup>7</sup> ILO, Guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies for all, 2015, [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_emp/---emp\\_ent/documents/publication/wcms\\_432859.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/documents/publication/wcms_432859.pdf) (zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2021).

<sup>8</sup> Siehe Anm.1.

<sup>9</sup> IAO, Die Rolle der IAO bei der Bewältigung des Klimawandels und den Bemühungen um einen gerechten Übergang für alle, Vorlage zu TOP der 304. Tagung des Verwaltungsrates, 5. Oktober 2021, [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---relconf/documents/meeting-document/wcms\\_756920.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meeting-document/wcms_756920.pdf) (zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2021).

Auch beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) ist *Just Transition* seit fast zehn Jahren Thema, wie eine Schlagwortsuche auf der DGB-Seite zeigt. Der DGB hat hierzu zahlreiche Beiträge verfasst und leistet zudem auch Bildungsarbeit. Seine offiziellen Positionen und daraus abgeleitete politische Forderungen zu *Just Transition* sind in der **DGB Transformations-Charta**, veröffentlicht anlässlich des VN-Klimagipfels in Glasgow im August 2021, festgehalten.<sup>10</sup>

Beide Organisationen betonen, dass *Just Transition* zwar ein **global relevanter Ansatz, seine Umsetzung aber lokal sehr differenziert** sei. Auch innerhalb eines Landes könne ein gerechter Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft unterschiedliche Formen annehmen und erfordere daher auch differenziertes politisches Handeln.

Die Europäische Union hat im Jahre 2021 ihren **European Green New Deal** vorgestellt, ein umfassendes Programm zur Transformation der europäischen Wirtschaft hin zu Nachhaltigkeit, Umweltschonung und CO<sub>2</sub>-Neutralität. Fester Bestandteil des Green New Deal sind der **Mechanismus für einen gerechten Übergang** (Just Transition Mechanism, JTM) und der darin enthaltene **Fonds für einen gerechten Übergang** (Just Transition Fund, JTF), der in grundsätzlich allen Staaten und Regionen der EU den durch den wirtschaftlichen Wandel bedingten sozialen Wandel finanzieren und negativen Entwicklungen gegensteuern soll.

Eine Einführung sowie weiterführende Links zum Mechanismus für einen gerechten Übergang (Just Transition Mechanism, JTM) bietet die EU auf der Webseite **Der Mechanismus für einen gerechten Übergang: Niemand darf zurückgelassen werden**.<sup>11</sup>

Als „erste Säule“ des JTM firmiert der **Fonds für einen gerechten Übergang**. Dieses Finanzierungsinstrument soll mit zunächst 17,5 Mrd. EUR ausgestattet werden und (zusammen mit einigen anderen Instrumenten) die einzelnen Anpassungsvorhaben der Mitgliedstaaten (co-)finanzieren.<sup>12</sup>

Die Koordination und Ausgestaltung der Just Transition in den Mitgliedstaaten bzw. ihren betroffenen Regionen erfolgen über die **Plattform für einen gerechten Übergang**, die ebenfalls über eine eigene Webseite mit grundlegenden Informationen für Bürger und Regierungen verfügt.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> Als PDF-Datei für den Download auf: Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB Transformations-Charta, 24. August 2021, <https://www.dgb.de/themen/++co++3eabfa72-0402-11ec-8468-001a4a160123> (zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2021).

<sup>11</sup> Europäische Union, Der Mechanismus für einen gerechten Übergang: Niemand darf zurückgelassen werden, 2021, [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism_de) (zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2021),

<sup>12</sup> Europäische Union, Finanzierungsquellen für einen gerechten Übergang, 2021, [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-funding-sources\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-funding-sources_de) (zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2021).

<sup>13</sup> Europäische Union, Plattform für einen gerechten Übergang, 2021, [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-platform\\_de](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-platform_de) (zuletzt abgerufen am 6. Dezember 2021).

#### 4. **Just Transition in Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland**

Auch in der Außen- und Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik spielt der Ansatz *Just Transition* mittlerweile eine zentrale Rolle.

Bei allen folgenden Ausführungen ist zu beachten, dass mit dem Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 Bundeskanzler Olaf Scholz die Zuständigkeit für die Klimapolitik vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (vor dem Erlass: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (BMW) sowie für die internationale Klimapolitik an das Auswärtige Amt (AA) übertragen hat. Es ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Dokumentation noch nicht absehbar, welches tatsächliche Gewicht das Konzept in der auswärtigen Politik der Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben und wie es operationalisiert werden wird. Im Koalitionsvertrag ist der „**Klima- und Energieaußenpolitik**“ aber immerhin ein eigener Abschnitt (im Kapitel zur Wirtschaftspolitik) gewidmet:

„Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Agenda 2030 und des Pariser Abkommens und **werden die deutschen Umwelt-, Klima- und Energiekooperationen ausbauen**. Wir nutzen u. a. die deutsche G7-Präsidentschaft 2022 für eine Initiative zur Gründung von Klimapartnerschaften sowie eines für alle Staaten offenen internationalen Klimaclubs. Ziele sind u. a. Klimaneutralität, der massive Ausbau Erneuerbarer Energien und deren Infrastruktur, die Produktion von Wasserstoff. Wir streben ein globales Emissionshandelssystem an, das mittelfristig zu einem einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis führt. Wir werden unsere Zusagen für den deutschen Anteil an den 100 Milliarden US-Dollar der internationalen Klimafinanzierung im Rahmen einer kohärenten Klimaaußenpolitik erfüllen und perspektivisch erhöhen. Unsere Klimaaußenpolitik wollen wir u. a. mit dem Klimakabinett kohärenter und stärker machen.“<sup>14</sup>

Beim VN-Klimagipfel 2021 in Glasgow unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland (damals noch unter der Großen Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel) das **Global Coal to Clean Power Transition Statement** sowie die Erklärung **Supporting the Conditions for a Just Transition**.

Die Inhalte der beiden Dokumente, Hintergründe und Einzelheiten des deutschen Engagements sowie dessen politische Bewertung durch die damalige Bundesministerin für Umwelt, Svenja Schulze, ist einer **Presseerklärung des BMU „Deutschland unterzeichnet ‚Global Coal to Clean Power Transition-Statement‘“** ersichtlich.<sup>15</sup> Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich laut BMU,

---

<sup>14</sup> Mehr Fortschritt wagen, S. 63, (Anm. 4).

<sup>15</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutschland unterzeichnet „Global Coal to Clean Power Transition-Statement“, Presseerklärung vom 4. November 2021, <https://www.bmu.de/meldung/energy-day-global-coal-to-clean-power-transition-statement> (zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2021).



„- den Stromsektor im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens größtenteils in den 2030ern (große Volkswirtschaften) beziehungsweise in den 2040ern (global) (oder so bald wie möglich danach) zu dekarbonisieren;

- saubere Technologien, wie erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärker zu fördern;

- den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen und keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu genehmigen oder zu bauen;

- und bei der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern zur Dekarbonisierung kohlenstoffintensiver Industrien auf die **Umsetzung einer sozial-gerechten und inklusiven Transformation** zu achten.“<sup>16</sup>

Ein konkretes Beispiel für *Just Transition* als Kernelement einer bilateralen Zusammenarbeit mit einem Schwellenland ist die Unterstützung, die Deutschland zusammen mit anderen Staaten **Südafrika** beim Ende der Kohleverstromung leistet. Die Kooperation unter Federführung von BMU und BMZ wurde ebenfalls anlässlich des VN-Klimagipfels in Glasgow verkündet.<sup>17</sup> Neben der grundlegenden Co-Finanzierung von Südafrikas eigenen Projekten zum Kohleausstieg fördert Deutschland unter anderem grüne Investitionen, Bildungs- und Fortbildungsangebote sowie die umweltgerechte Sanierung von Dörfern in den betroffenen südafrikanischen Regionen. Weiterführende Informationen bietet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zusammen mit der Internationalen Klima-Initiative (der die Bundesrepublik angehört) auf der Webseite **Green Economy Cluster für einen gerechten Strukturwandel**.<sup>18</sup>

**Grundsätzlich lässt sich *Just Transition* auf der Ebene der konkreten EZ oft schwer vom eigentlichen Engagement für die Bewältigung des Klimawandels trennen.** Dies liegt in der umfassenden Natur des Konzeptes selbst begründet. Einen Überblick über sein Klimaengagement von 2010 bis 2020 bietet das BMZ auf seiner entsprechenden Webseite **Klimafinanzierung: Deutschland als verlässlicher Partner**.<sup>19</sup> Die Seite versammelt alle Berichte zum bilateralen und multilateralen Klimaengagement des BMZ sowie über klimarelevante Zuwendungen an nichtstaatliche Partner und über entwicklungspolitische Leistungen des BMZ zum weltweiten Klimaschutz.

---

<sup>16</sup> BMU (Anm. 12), Hervorhebung durch Verfasser.

<sup>17</sup> BMU, Deutschland unterstützt Südafrika beim Kohleausstieg, 2. November 2021, <https://www.bmu.de/pressemitteilung/deutschland-unterstuetzt-suedafrika-beim-kohleausstieg> (zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2021).

<sup>18</sup> BMU und Internationale Klima-Initiative, Green Economy Cluster für einen gerechten Strukturwandel, 26. Juli 2021, <https://www.international-climate-initiative.com/de/news/article/green-economy-cluster-fuer-einen-gerechten-strukturwandel> (zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2021).

<sup>19</sup> BMZ, Klimafinanzierung: Deutschland als verlässlicher Partner, 2021, <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/klimawandel-und-entwicklung/klimafinanzierung> (zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2021).

---

Die **Weltbank** unterstützt zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer durch (Co-)Finanzierung bei der Umsetzung des Just-Transition-Ansatzes. Einen Überblick über diese Aktivitäten verschafft die Bank auf ihrem **Portal** zu *Just Transition*.<sup>20</sup>

Hier finden sich auch themenrelevante Berichte und Analysen der Weltbank, z.B. zu den Auswirkungen des Endes der Kohleverstromung in Griechenland auf den dortigen Arbeitsmarkt.

In einer von der **Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik** (DGAP) im Rahmen des DGAP-Berichtes „smarte Souveränität“ veröffentlichten Publikation entwirft Friederike Otto vom Institut für Umweltwandel der Universität Oxford einen **Aktionsplan Klima und Außenpolitik**.<sup>21</sup> In diesem fasst die Autorin vor allem die Empfehlungen internationaler Fachleute zusammen. Diese berücksichtigen auch die wirtschaftlichen und (außen- und geo-) politischen Chancen, die sich der Bundesrepublik und der EU durch eine konsequent am Klimaschutz ausgerichtete Außen- bzw. Außenwirtschaftspolitik bieten können.

\* \* \*

---

<sup>20</sup> The World Bank, Just Transition, 2021, <https://www.worldbank.org/en/topic/extractiveindustries/justtransition> (zuletzt abgerufen am 8. Dezember 2021),

<sup>21</sup> Friederike Otto, Aktionsplan Klima und Außenpolitik, DGAP, 2021, <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/aktionsplan-klima-und-aussenpolitik> (zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2021).